

Der Westen und die islamische Welt – Eine muslimische Position. Europäisch-islamischer Kulturdialog, hrsg. vom Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart. Deutsch, Englisch, Arabisch. Stuttgart 2004.

Hatte Samuel Huntington im Sommer 1993 seinen Aufsatz über den „Clash of Civilizations“ in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“ noch mit einem Fragezeichen versehen, so glaubte er drei Jahre später auf die Interpunktion verzichten zu können. Denn die Debatten um seine Hypothese, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Frontlinien des 21. Jahrhunderts nicht mehr zwischen Staaten mit ihren politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Interessen, sondern vornehmlich zwischen Zivilisationen und ihrer wechselseitigen Unverträglichkeit verlaufen würden, hatte ein derart vielfältiges internationales Echo gefunden, dass der in Harvard lehrende Politologe nunmehr davon überzeugt war, eine Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn der Reden von der „internationalen Gemeinschaft“ angestoßen zu haben, die westliche Politiker so gern im Munde führen.

Insofern ist es ein wichtiges Unternehmen, dass das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart mit der vorliegenden Schrift nunmehr „eine muslimische Perspektive auf die Beziehungen zwischen der muslimischen Welt und dem Westen bietet“, die sich in einem gemeinsamen Text von fünf Wissenschaftlern und Publizisten aus Ägypten, den palästinensischen Autonomiegebieten, Syrien, Bosnien-Herzegowina und Malaysia niederschlägt. Dass die Beiträge stark unter dem Schock des 11. September 2001 und seinen Weiterungen in vielen Teilen der Welt geschrieben worden sind, versteht sich fast von selbst. Indem sich die Attentäter einer rigiden Interpretation des Islam bemächtigt haben, die unter dem Gewicht von Kriegen wie dem im Irak, in Afghanistan und in Pakistan auf wachsenden Zuspruch unter den Bevölkerungen im Spannungsbogen zwischen Marokko und Indonesien zurückgreifen kann, treten sie dem schon eingangs von den Autoren bestrittenen Dualismus zweier Welten entgegen. Richtig ist zwar, dass dieser die „innere Heterogenität auf beiden Seiten“ ignoriert, wahr ist aber eben auch, dass im „Osten“ wie im „Westen“ der Trend wächst, sich neu über historisch gewachsene kulturelle und religiöse Konzepte zu definieren. Dass Phänomene von grundlegender Dissonanz und Abstoßung die

europäischen Diskussionen über Einwanderungsgesetze nicht gerade erleichtern, ist evident, zumal wenn befürchtet wird, dass eine Massenimmigration die Probleme der Slums lediglich von der „dritten“ in die „erste Welt“ verlagere. Es geht um mehr als um kommunikative Schief lagen.

Gleichwohl ist die Beobachtung zutreffend, dass „die“ Muslime vielfältigen Stereotypen und Vorurteilen ausgesetzt sind, nicht allein seitens der Medien, rechtskonservativen Politikern und Intellektuellen, auf die die Autoren verweisen, sondern auch von Seiten des sogenannten einfachen Volkes – man höre sich nur um. Richtig ist auch das Plädoyer für die Anerkennung des islamischen Pluralismus. Gleichwohl empfiehlt es sich, darüber nachzudenken, ob die Intoleranz islamisch-fundamentalistischer Bewegungen mit Engstirnigkeit unduldsamer christlicher Kirchen und jüdischer Extremisten umstandslos gleichzusetzen ist. Da letztere bislang in breiter Front nicht als Terroristen und Selbstmordattentäter aufgetreten sind, während vor allem Moslebrüder auf den Märtyrertod zuarbeiten, stellt sich die generelle Frage, was unter Fundamentalismus verstanden werden soll: Sind es die quietistischen Gläubigen mit ihrer leidenschaftslosen, „weichen“ Hingabe an Gott (Theo Sundermann), oder sind es jene Aktivisten, die aus ihren Ideen politische Ansprüche entwickeln, die es mit aller gebotenen Militanz möglichst weltweit durchzusetzen gelte? Oder handelt es sich um eine dritte Variante, die die Religion „als gestaltende Kraft in der politischen Sphäre, in der Ökonomie und im Recht zur Geltung“ bringen will (Günter Seufert)?

Wer Trennschärfen vermeidet, dem fällt die Erklärung schwer, warum in Ägypten, Saudi-Arabien, im Sudan und anderswo führende Köpfe des islamischen Integrismus Absolventen westlicher Hochschulen und Universitäten sind, deren Campus sie mit Abscheu vor sexueller Promiskuität, Alkoholismus, sozialer Verwerfungen, Verlust ethischer Maßstäbe usw. sie verlassen haben. Hinzu kommt im Innern eine islamische Opposition aus Theologen, Intellektuellen, Geschäftsleuten und arbeitslosen Jung-Akademikern, die das Fundament autoritärer, sich auf Bürokratie, Militär und Reichtum stützender Regimes bedrohen, so dass diese die Allianz mit Islamisten zur Absicherung ihrer Regiments suchen. Bezeichnenderweise vermeiden die arabischen Fernsehstationen „al-Djazeera“ und „al-Arabiya“ die kritische Berichterstattung und

Kommentierung ihrer Finanziere, des Emirs von Qatar und des saudischen Königshauses, und verstärken überdies den Einfluss des Islam, wie Teilnehmer der deutsch-arabischen Medientage des „ifa“ (Rainer Hermann in FAZ 07.05.2004) zu berichten wussten.

Mithin haben wir es mit komplexen und in sich widersprüchlichen Gemengelagen zu tun, bei denen es keine einfachen Antworten auf die Frage gibt, ob sich die Politik der Religion manipulatorisch bedient oder ob religiösen Kräften die Infiltration in staatliche und gesellschaftliche Institutionen gelungen ist, um diesen allmählich ihren Willen aufzuzwingen. Nur eines ist sicher: Es hilft nicht weiter, wenn arabische Muslime lange historische Exkurse seit den Kreuzzügen über den Niedergang arabischer Größe führen – hatte nicht Sultan Saladin 1187 die Kreuzfahrer besiegt und anschließend Jerusalem zurückerobert? – und schließlich zum Ergebnis kommen, demokratische Defizite, verfehlte Wirtschaftspolitik, soziale und technologische Unterentwicklung, Analphabetismus, Überbevölkerung, Bildungsmisere, Frauenfeindlichkeit und anderes mehr den arbeitsteiligen Beherrschungsmethoden des Westens zuzuschieben.

Zu Recht berufen sich die Autoren auf den im Auftrag der Vereinten Nationen von arabischen Wissenschaftlern veröffentlichten „Arab Human Development Report“ von 2002. Dagegen hilft es wenig, die Schwächen und Mängel einer guten Regierungsführung allein auf die westliche Wirtschafts- und Militärhilfe zurückzuführen. Wie würde die Reaktion ausfallen, wenn westliche Staaten für „good governance“ im islamischen und arabischen Raum sorgen würden? Wäre nicht sofort der Vorwurf der Einmischung in interne Angelegenheiten bei der Hand? Der frühere Berater Bill Clinton, Martin Indyk, hat dazu vor zwei Jahren ein schlagendes Erlebnis berichtet: Hosni Mubarak sei von einer besonders üblen Form islamistischer Militanz bedroht worden, die das Regime durch Mord und Totschlag niederringen wollte. Washington habe deshalb auf der Seite des Staatspräsidenten gestanden, als dieser seine Gegner brutal unterdrückt habe. Daraufhin habe es im State Department einige sorgenvolle Bemerkungen über Menschenrechtsverletzungen gegeben, worauf Kairo auf diese milde Kritik höchst empfindlich reagiert habe.

Ein Grundton des Selbstmitleids kehrt bedauerlicherweise auch in den knappen Kommentaren zum israelisch-palästinensischen Konflikt wieder.

Wenn die Autoren von einer „westlichen Voreingenommenheit“ zugunsten Israels sprechen, so dürften sie deutsche und europäische Stimmungslagen in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten übersehen haben, man muss nicht auf die verunglückte Meinungsumfrage der Europäischen Kommission zum dramatisch gesunkenen Prestige Israels vor einigen Monaten hinweisen. Der „Sonderstatus“, den Israel angeblich genießt, hat sich in den öffentlichen Meinungen längst zugunsten von Unverständnis und mentaler Aggressivität verflüchtigt, während die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs dafür sorgen, dass sich zum Nahostkonflikt keine gemeinsamen Grundlinien herausbilden, die das bisher bemühte Prinzip der „Ausgewogenheit“ ad absurdum führen.

Zum Schluss: Was heute fehlt, ist ein „interreligiöser“ Dialog, der diesen Namen verdient. Dazu gehören in erster Linie selbstkritische Bestandsaufnahmen hier und dort, die ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen und an wissenschaftlicher und sprachlicher Kompetenz und Redlichkeit voraussetzen und die sich vom üblichen Repertoire polemischer Anklagen fernhalten. Davon sind wir noch weit entfernt.

Reiner Bernstein